

Ostdeutsche = Konstituierende National- versammlung.

Sitzung vom 21. Mai 1919.

Präsident Seiy eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Die Abgeordneten Preußler und Johann Mayer haben ihre Mandate niedergelegt; wegen Einberufung der Ersatzmänner wird das Erorderliche veranlaßt werden.

Unjere Versorgung bis zur nächsten Ernte.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewensfeld-Auh beantwortete die Anfrage Dr. Dinghofer, Doktor Schürff und Genossen, betreffend den Versorgungsplan der Regierung bis zur nächsten Ernte.

Was die inländische Produktion anbelangt, so kann derzeit darauf nur in geringem Maße oder gar nicht gerechnet werden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Kartoffeln.

Ein ebenso trauriges Kapitel bildet die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Diesbezüglich liegen die Verhältnisse in den Ländern allerdings sehr verschieden. Der Rindfleischbedarf Wiens mit Einschluß des Bedarfs der Soldaten und Anstalten beträgt im Monat 1,670.000 Kilo. Geliefert wurden jedoch im Jänner 700.000, im Februar 750.000, im März 770.000 und im April gar nur 400.000 Kilo. (Hörtl Hörtl)

Auf dem Gebiete der Fettversorgung kommt die heimische Aufbringung so gut wie gar nicht in Betracht.

Eines der traurigsten Kapitel bildet die Milchversorgung. In dieser Beziehung befindet sich nicht nur Wien, sondern alle Städte und Industrieorte in einer geradezu entsetzlichen Lage.

Wien brauchte im Frieden täglich 900.000 Liter Milch, jetzt sind durch Milchlieferung nur 3 bis 4 v. H. dieses Bedarfs gedeckt. Eine Abhilfe konnte nur dadurch erfolgen, daß Kondensmilch importiert wird. Ähnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Eierproduktion.

Der Staatssekretär verweist auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die immerhin eine Erleichterung brachten, deren Mengen aber nicht ausreichten. Deutschland, das selbst in Not ist, hat uns Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt. Die Haupthilfe kommt derzeit vom Verbände. Der Staatssekretär verweist sodann darauf, daß in den Mehlmüllungen ein Ansteigen des durchschnittlichen Tageseinkaufes von 270 Tonnen im Jänner auf 650 Tonnen im Februar, 970 Tonnen im März, 1400 Tonnen im April und 1858 Tonnen täglich in den ersten 18 Tagen des Mai erfolgte. Angesichts des Steigens der Zuschüsse sei das Volksernährungsamt in der Lage, vom nächsten Sonntag anfangen, die Brotkarte um einen Viertelteil des Normalmaßes zu erhöhen. Vorläufig sei diese Erhöhung nur für die nächsten 14 Tage bis drei Wochen gesichert.

Der Staatssekretär erörtert sodann die Frage der Fleisch- und Fettlieferung durch den Verband. Angesichts der zur Verfügung stehenden Vorräte sei die Befestigung der Bevölkerung mit einer Quote von 12 Deka Fett bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Reis und Bohnen können nur von Fall zu Fall, je nach dem Einlangen, verteuert werden.

Redner erörtert sodann ausführlich die Preisberechnungen für die vom Verbände eingeführten Lebensmittel, insbesondere für Mehl, Fleisch und Milch.

Abg. Dr. Schürff: Wie groß sind die Gesamtkosten der bisherigen Lebensmittelimporte?

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewensfeld-Auh: Das kommt darauf an, wie man die Valuta berechnet. Sie dürften bereits eine Milliarde übersteigen. Die Ausgaben für die Lieferungen im gegenwärtigen Umfange dürften auf 17 bis 20 Millionen Dollars monatlich beziffert werden können. Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung unserer Produktion. Es ist ein grundlegender Irrtum, wenn in der Deutschnation angenommen wird, daß wir die Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen.

Was die Frage der Lebensmittelimporte betrifft, ist Redner der Meinung, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortige und überstürzte Uebergang zur freien Wirtschaft nicht möglich ist. Soweit die Eigenproduktion nicht ausreicht — und das wird für einige Zeit noch der Fall sein — muß eine Regulierung durch Einschränkung des Eigenbedarfes stattfinden. Wir müssen zunächst in der Nahrung sparen, daß keine Luxusartikel eingeführt werden. Daß von der Einfuhr von solchen Lebensmitteln, die nicht unentbehrlich sind, vorläufig Abstand genommen werden muß, werden auch die Anhänger des freien Handels zugeben. Es muß ferner Wert darauf gelegt werden, daß die Einfuhr nach der Richtung der billigeren Importe gelenkt wird.

Der Staatssekretär kommt schließlich auf das Verhältnis der Regierung zu den Ländern zu sprechen. Kein Ressort sei von diesem Verhältnis so arg bedrückt wie das seinige. Das allgemeine Interesse und die Einheitlichkeit der Verwaltung müßte unbedingt gewahrt werden.

Die für die Enteignung und Sozialisierung in Aussicht genommenen Betriebe.

Bizanzler Hint: Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 16. Mai die Regierung aufgefordert, mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtige. Mit Zustimmung des Kabinetts komme ich dieser Aufforderung durch die folgende Erklärung nach:

Nach den Absichten der Regierung sollen folgende Privatunternehmungen enteignet und in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführt werden:

1. Diejenigen Kohlenbergbauwerke, welche nicht ausschließlich der örtlichen Versorgung oder der Versorgung einer einzelnen Unternehmung, deren Bestandteil sie bilden, dienen. Im Zusammenhange mit der Sozialisierung dieser Kohlenbergbauwerke soll auch der Kohlenhandel sozialisiert und zu diesem Zwecke eine besondere gemeinwirtschaftliche Anstalt gegründet werden.

2. Die Eisenenergieerzeugung und die Kohleenergieerzeugung sowie die damit unmittelbar verbundene Weiterverarbeitung und die Gewinnung anderer nutzbarer Metalle.

3. Die Elektrizitätswirtschaft und die hierzu erforderliche Ausnutzung der Wasserkraft, soweit sie nicht ausschließlich örtlichen Bedürfnissen dienen.

4. Die großen Forste nebst der Holzindustrie und der Großhandel mit Holz.

Die Vergeellschaftung soll gemeinlich durch den Staat und die Länder erfolgen. An der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die den Kohlenbergbau und die Grobeisenindustrie übernehmen sollen, sollen

Reinischau
22. 5. 1919

81

neben der Staatsregierung auch die Landesverwaltungen teilnehmen. Die Elektrizitätswirtschaft und die Forstwirtschaft sollen Landesanstalten übertragen werden, die sich zur Verwaltung gemeinlicher Angelegenheiten zu Staatsverbänden vereinigen.

Außerdem beabsichtigt die Staatsregierung, die militärrärischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten zu übertragen und sie dadurch in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Im Zusammenhange damit wird endlich auch die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie, die monopolistischen Charakter tragen, erwogen. Der Abbau des landwirtschaftlichen Großbetriebes soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen, das im Staatsamt für Landwirtschaft vorbereitet wird.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Abbau der Zentralen.

Berichterstatter Kollmann referiert namens des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partei, Heintz, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen.

Er beleuchtet eingehend die Miswirtschaft der Zentralen, die ihren Zweck zum großen Teil verfehlt und unsere eigene Produktion arg geschädigt haben. Da die Gründe für die Zwangswirtschaft nicht mehr bestehen, sei der Abbau der Zentralen ehestens durchzuführen.

Von den heute bestehenden Zentralen kann ein sehr großer Teil beseitigt werden, und zwar muß dies möglichst rasch schon mit Rücksicht darauf geschehen, da die Zentralen, die für das ehemalige alte Österreich gegründet wurden, zwei Drittel ihres Gebietes verloren haben, während sie noch mit dem vollen Apparat weiter bestehen.

Hierauf spricht Abg. Friedmann.

Abg. Stöcker bemerkt, daß die zentrale Bewirtschaftung in der Praxis vollständig versagt und versagen mußte, da in ihr der Bureaucrat zum Kaufmann und der in den Zentralen tätige Kaufmann zum Bureaucraten geworden sei. Die Regierung habe, statt alles anzubieten, um die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, die Bauern mit Requisitionen und Kontrollen geplagt. Die Bauernschaft hat stets die Notwendigkeit erkannt, das höchste zur Ernährung der Bevölkerung beizutragen. Aber sie wurde nicht gefragt. Hätte man sie gefragt, wären vielleicht weniger Verordnungen erlassen worden, sicherlich jedoch wäre mehr erzeugt worden. Das bürokratische System der zentralen Bewirtschaftung hätte nur einen Zweck gehabt, wenn dadurch erreicht worden wäre, was die Landwirte entbehren konnten. Aber es hat sich nicht damit begnügt, sondern hat der Landwirtschaft die wichtigsten Produktionsmittel, Saatgut und Düngemittel, entzogen. Redner kritisiert die von den Zentralen gelebte Preispolitik, durch die die Bauern zum Scheitern gezwungen wurden. Die zentrale Bewirtschaftung hatte, weil die nötige Sachkenntnis fehlte, die ja planmäßig ausgeschieden wurde, zur Folge, daß Lebensmittel in ungeheurer Menge verrotten sind. Das System der Zentralen hat vollständigen Bankrott erlitten. Eine Lehre hat es aber erteilt, allerdings mit großem Lehrgeld: Die zentrale Bewirtschaftung ist eine Art Sozialisierung, eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels. Diese Sozialisierungsmaßnahme hat vollständig versagt. Was würde erst kommen, wenn die Erzeugung in dieser Weise sozialisiert würde? Es muß alles aufgehoben werden, um die Erzeugung auf der eigenen Scholle möglichst zu steigern. Der Schlüssel hierzu ist die Beseitigung der Zwangswirtschaft.

Abg. Gamm Freunlich führt aus, der Berichterstatter habe durchaus nicht die Stimmung des gesamten Ausschusses wiedergegeben, sondern lediglich den Standpunkt eines Teiles der Kommission vertreten. Es wurde die Aufhebung der Zentralen verlangt, während der Ausschuh den Beschluß faßte, es solle der Abbau der zentralen Bewirtschaftung untersucht werden.

Die Verhandlung wird abgedruckt.
Nächste Sitzung Freitag, den 23. d., um 3 Uhr nachmittags